

Frauen*politische Forderungen

an die kommende Bundesregierung Österreichs.



ÖSTERREICHISCHER
FRAUENRING

Frauen*politische Forderungen

Die ökonomische Unabhängigkeit, die soziale Absicherung und die körperliche Selbstbestimmung von Frauen* für ein freies und unabhängiges Leben sind Schwerpunkte der Arbeit des Österreichischen Frauenringes.

Unser Anspruch an eine kommende Bundesregierung ist eine Frauen*politik, die Frauen* stärkt und unterstützt und die es nicht zulässt, dass Rückschritte die frauen*politischen Meilensteine unserer Vorgängerinnen in Frage stellen oder zum Nachteil von Frauen* ausgehebelt werden. Eine feministische Frauen*politik, die zum Ziel hat, die Rechte von Frauen* zu wahren und auszubauen, muss das Selbstverständnis einer neuen Regierung sein.

Inhalt

Frauen*rechte	Seite 3
Einkommensgerechtigkeit	Seite 3
Mitbestimmung	Seite 3-4
Istanbul-Konvention	Seite 4
Nachhaltigkeit und Klimaschutz	Seite 4
Innovative Arbeitsmarktpolitik	Seite 5
Selbstbestimmung und reproduktive Rechte	Seite 5
Migrantinnen	Seite 5-6
Unterhaltsgarantie	Seite 6
Sicherheit für alle Frauen* und Bekämpfung der Frauen*armut	Seite 6

Frauen*rechte

- Proaktive und feministische Frauen- und Gleichstellungspolitik (Backlash entgegenreten)
- Gender Mainstreaming und -budgeting, um Frauenrechte in allen Politikfeldern umzusetzen
- umfassende, rechtlich verankerte und staatliche finanzierte Datenerhebung
 - zur regelmäßigen Evaluierung von Entwicklungen im Bereich der Gleichstellung
 - Schaffung einer wirkungsvollen Struktur zur Evaluierung der Umsetzung von Geschlechtergleichstellung

Einkommensgerechtigkeit

- Schließen der Einkommensschere durch
 - rasche, wirkungsvolle und umfassende Umsetzung der EU-Richtlinie zur Lohntransparenz
 - die Neubewertung von Arbeit und die Aufwertung der frauendominierten Branchen
- Ausbau der sozialen Dienstleistung
 - insbesondere in Kinderbildungseinrichtungen sowie Pflege- und Betreuungsstrukturen und
- partnerschaftliche Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit, wobei rechtliche und finanzielle Anreize für eine stärkere Väterbeteiligung geschaffen werden müssen

Mitbestimmung

- 50% Geschlechterparität in der Bundesregierung gesetzliche Quoten für Wahllisten, öffentliche Gremien sowie in Vorständen und Aufsichtsratsgremien

Mitbestimmung

- Einrichtung eines eigenständigen Frauenministeriums mit einer notwendigen, personellen und budgetären Ausstattung, die die umfassende Erfüllung aller Aufgaben ermöglicht
- Nachhaltige Finanzierung für Beratungsangebote und Initiativen zur Unterstützung, Beratung, Bildung und Vernetzung von Frauen und Mädchen
 - Sicherstellung eines niederschweligen Zugangs zu Fördermitteln für die Basisarbeit frauen- und gleichstellungsorientierter NGOs

Istanbul-Konvention

- Massive, inflationsangepasste Erhöhung und langfristige Absicherung der finanziellen Mittel für spezialisierte Einrichtungen, die in der Gewaltprävention und Gewaltschutz tätig sind
- Nationaler Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen, daten- und evidenzbasiert und einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt
- Umsetzung der Empfehlungen des NGO Schattenberichts 2023 an das GREVIO Komitee des Europarats¹

Nachhaltigkeit & Klimaschutz

- Klimapolitik ist nicht geschlechtsneutral. Die Bedürfnisse und Interessen von Frauen müssen im Zentrum der Klimapolitik stehen, um den geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Klimakrise aktiv entgegen zu treten
- Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur; insbesondere im ländlichen Raum
- Der Landflucht – besonders von jungen Frauen – gegensteuern

Innovative Arbeitsmarktpolitik²

- Verpflichtende Beteiligung von Frauen in gesellschafts- und arbeitsmarktpolitischen Zukunftsthemen, darunter Nutzung der KI, Klimajobs, Qualifizierungsoffensiven
- Stärkung der Arbeitsmarkt-beteiligung von allen Frauen, mit Fokus auf Frauen in unterschiedlichen Lebensphasen, Migrant*innen und Frauen im ländlichen Raum, durch aktive Maßnahmen in der berufsnahen Qualifizierung
- Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich

Selbstbestimmung & reproduktive Rechte

- Streichung der Regelungen über den Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch
- Möglichkeit des kostenfreien, anonymen Schwangerschaftsabbruches in allen öffentlichen Spitälern und allen Bundesländern
- Flächendeckender Zugang zu kostenfreien Verhütungsmitteln und geschlechtssensibler Sexualpädagogik

Migrantinnen

- Gesetzliche Verankerung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe und eine Erleichterung bei Familienzusammenführungen.
- Eigenständiger Aufenthaltstitel für Frauen und Mädchen (keine Anbindung an Partner*innen)

Migrantinnen

- Spezielle Gewaltschutz-Maßnahmen für geflüchtete Frauen
- Stärkung der Teilhabe in Gesellschaft, Politik und Arbeitsmarkt; durch die nachhaltige Finanzierung von fokussierten Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen für Migrantinnen bei Vereinen und im AMS

Unterhaltsgarantie

- staatliche Unterhaltsgarantie für jedes Kind in Höhe der tatsächlichen Kinderkosten
- keine gesetzliche Verankerung der automatischen gemeinsamen Obsorge und der Doppelresidenz
- Evaluierungsstudie mit Betroffenen der Kindschaftsrechtsnovelle 2013

Sicherheit für alle Frauen* & Bekämpfung der Armut

- Essen, Leben und Wohnen als Grundrechte müssen für alle Frauen leistbar sein! Dafür braucht es gezielte Maßnahmen um der Frauenarmut entgegenzuwirken und die massiven Auswirkungen auf Frauen und Kinder durch die Teuerung zu bekämpfen
- eigenständige, ökonomische Absicherung für alle Frauen in jeder Lebensphase
- angemessene Anrechnung von unbezahlter Sorgearbeit auf dem Pensionskonto